

Gudrun Bernhard ist stv. BR-Vorsitzende in einem OÖ. Sozialbetrieb.

Wir vertreten 1800 Mitarbeiter*innen, die vorwiegend im Bereich der Behindertenarbeit und der **Seniorenarbeit** tätig sind.

Aber, ich habe nicht nur diese Bereiche im Fokus, sondern auch jene, mit denen wir im Austausch sind und die hier heute noch nicht erwähnt wurden, wie z. B.

- die **Wohnungslosenhilfe**
- die **psychosoziale Betreuung**
- die **Kinder- und Jugendhilfe**
- die **Kindergärten und Schulen**
- **Beratungsstellen und Projekte** für Frauen, Migrant*innen, sowie arbeitslose Menschen, Betroffene von Gewalt, ...,

die auf Landes-Förderungen angewiesen sind.

Und ich nehme auch die **unbezahlte Care-Arbeit** wahr, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Frauen, die zu Hause ungefragt betreuen und pflegen müssen, da entsprechende Angebote und die Finanzierung dieser durch die öffentliche Hand fehlen. Die Auswirkungen auf ihre eigene Gesundheit, Altersvorsorge und gesellschaftliche Teilhabe sind bekannt und verstärken geschlechterspezifische Ungleichheit.

In meiner unmittelbaren Betriebsrats-Tätigkeit erlebe ich seit Jahren

wie der Sozialbereich kaputtgespart wird

- in der **Behindertenhilfe** gab es seit 2015 massive Budget-kürzungen mit sog. moderatem Ausbau der Leistungen, d.h. weniger Personal muss mehr leisten
- in der **Altenhilfe** ist das Personal schon sehr lange am Limit, weil der Personalschlüssel aus dem vorigen Jahrhundert, trotz wiederholter Forderungen nie angepasst wurde

und ich sehe, dass aufgrund dieser folgeschweren „Personalpolitik“ inzwischen nicht einmal mehr die - auf das Mindestmaß reduzierten - Dienstposten besetzt werden können – weil bestehendes Personal wegbricht und neue Mitarbeiter*innen unter diesen Bedingungen kaum zu finden sind

und ich muss mitansehen, wie professionelle, qualitätsvolle Betreuung, die sich um Bedürfnisse und Menschenwürde der Klient*innen kümmert, zu einer Basis-Versorgung mit WARM-SATT-SAUBER verkommt.

Ich weiß von **Angehörigen**, die dringend einen Betreuungsplatz für ihr Kind oder ihre Eltern brauchen, die oft jahrelang getröstet werden, an ihre Grenzen kommen und ihren Beruf aufgeben müssen, weil sie zu Hause die Pflege und Betreuung unbezahlt und nicht versichert, übernehmen.

und ich höre von **Betroffenen mit Hilfebedarf**, dass sie nicht gefragt werden, ob das reduzierte Maß an Unterstützungs-Möglichkeiten und die sinkende Qualität in der Betreuung ihren Bedürfnissen überhaupt noch gerecht wird

Diese Erfahrungen der unterschiedlich Betroffenen machen deutlich, dass qualitätsvolle Pflege und Betreuung von Kindern, Kranken und Menschen mit Hilfebedarf zunehmend gefährdet ist.

Wir alle wissen, dass schlechte Arbeitsbedingungen und vergleichsweise geringe Entlohnung zu massiver Personalnot führen und dadurch bedarfsgerechte Versorgung nicht mehr gewährleistet werden kann

Aber unsere **Landesregierung**

- schiebt die Verantwortung von sich weg
- sie stellt längst fällige, marginale Korrekturen, die oft in langwierigen gewerkschaftlichen Verhandlungen erkämpft wurden, als große Erfolge dar
- sie versucht, mit Imagekampagnen und Ent-Professionalisierung Personal zu gewinnen
- **aber sie weigert sich, wirkungsvolle und nachhaltige Maßnahmen für eine echte Verbesserung des professionellen Care-Bereiches zu finanzieren!**

Ich werde aber nicht mutlos, denn ich erlebe auch

- ★ dass sich Betroffene zusammenfinden und Protest kundtun, wie zum Bsp. das Kindergarten-Personal in diesen Tagen
- ★ dass die Anliegen der Belegschaften von div. Plattformen aufgegriffen und unterstützt werden, so wie in dieser Aktion hier
- ★ dass der Widerstand insgesamt vielfältiger und bunter wird
- ★ dass die Zivilgesellschaft ihre Aufmerksamkeit inzwischen vermehrt auf den Care-Bereich lenkt
- ★ dass uns Passant*innen bei Aktionen spontan unterstützen und uns ermuntern, an diesem Thema unbedingt dranzubleiben, so wie wir es erlebt hatten, als wir letzten Juni 54 kg Postkarten **für mehr Personal in Heimen**, zum Landhaus gebracht haben.

Dieses bunte Bild des Widerstandes erweckt in mir die Hoffnung, dass die vielfältigen **Protestbewegungen gemeinsam eine Größe bekommen, die unsere Politik zum Handeln bringt.** - Denn es ist keine Frage des Geldes, sondern des politischen Willens, wie unser soziales Netz in Zukunft aussehen wird.